

mehr, als die Bauern bisher dafür bekamen. Für Martin Haab, Präsident der bäuerlichen Vereinigung BIG-M, ist das ein «Fehlreiz». Damit würden die Bauern für die Überproduktion von Milch belohnt. Laut Kurt Nüesch von den Schweizer Milchproduzenten soll die neue Firma nur die «witterungs- und naturbedingten saisonalen Ungleichgewichte» abfedern.

Die Exporte in die Europäische Union sind ein Minusgeschäft

So funktioniert der Export: Die Lactofama übernimmt überflüssige Milch, lässt sie von inländischen Herstellern zu Butter, Milchpulver oder Rahm verarbeiten, um diese dann zu exportieren.

Die Produkte lassen sich im Ausland jedoch nur mit Verlust verkaufen. Beispiel Butter: Peter Ryser von der Branchenorganisation Butter – einer «Plattform» der Milchproduzenten und -verarbeiter – rechnet mit Herstellungskosten von über 10 Franken pro Kilogramm. Abnehmer in der EU würden dafür nur etwa 4 Franken zahlen. Lactofama trägt die Verluste.

Laut Insidern verfügt die Exportfirma über Reserven in «zweistelliger Millionenhöhe». Das Geld stammt nach Angaben der Schweizer Milchproduzenten von den Bauern. Sie haben es früher in einen Fonds einbezahlt, der den Milchpreis hochhalten sollte. Dank der Vereinbarung mit Lacto-

fama erhalten sie jetzt über den höheren Milchpreis einen Teil des Geldes wieder zurück.

Bauernvertreter Martin Haab wirft dem Verband Schweizer Milchproduzenten vor, mit seiner Politik vor allem den Interessen der milchverarbeitenden Industrie und des Milchhandels zu dienen: «Sie können so ihre Kapazitäten im Inland besser auslasten.» Die durch die Butterproduktion und den Export entstehenden Zusatzkosten müssten allein die Bauern und Konsumenten tragen.

Kurt Nüesch von den Schweizer Milchproduzenten erwidert, dass der Export zu einem «stabilen Milchmarkt» und «angemessenen Preisen» in der Schweiz beitrage.

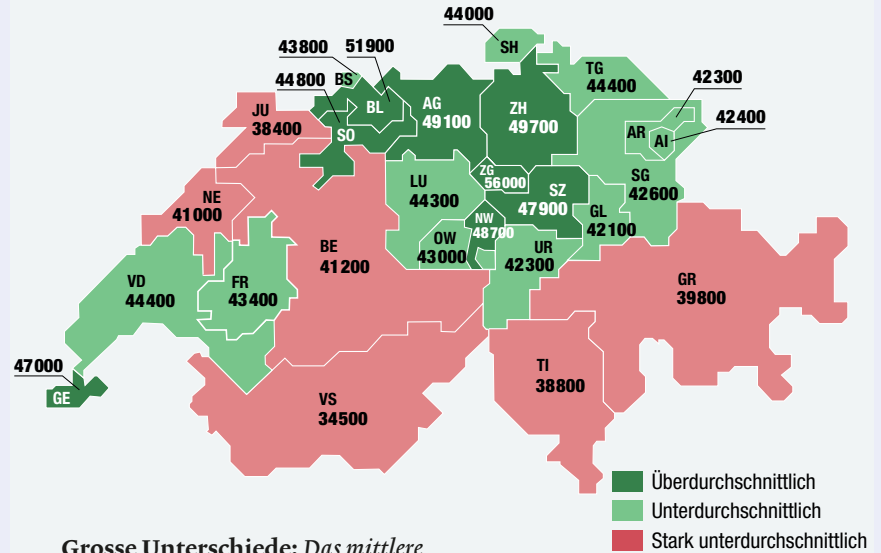
Tatsache ist: Butter kommt die Konsumenten in der Schweiz immer teurer zu stehen. Ein Vergleich mit dem umliegenden Ausland zeigt: Schweizer Butter kostet laut dem Bundesamt für Landwirtschaft im Durchschnitt fast 60 Prozent mehr als in Frankreich, 75 Prozent mehr als in Österreich und sogar 120 Prozent mehr als in Deutschland.

Die Konsumenten in der Schweiz zahlen aber nicht nur einen höheren Ladenpreis, sondern auch noch über die Bundessteuern Agrarsubventionen, welche die Bauern und die Industrie aus der Bundeskasse kassieren (*saldo* 19/12).

Eric Breitingner

DIE SCHWEIZ IN ZAHLEN

Steuerbares Jahreseinkommen



Grosse Unterschiede: Das mittlere steuerbare Einkommen aller Schweizer Steuerpflichtigen beträgt 44 600 Franken

Was Zuger von Wallisern unterscheidet

Das steuerbare Jahreseinkommen eines Zugers ist 21 500 Franken höher als das eines Wallisers. Dies geht aus den Daten der kantonalen und eidgenössischen Steuerverwaltungen hervor. Das mittlere steuerbare Einkommen einer Person ist im Kanton Zug mit 56 000 Franken am höchsten, im Wallis mit 34 500 Franken am tiefsten. Zum Vergleich: Das mittlere steuerbare Einkommen aller Schweizer Steuerpflichtigen beträgt 44 600 Franken.

Diese Einkommen entsprechen dem Betrag, der nach den zulässigen Steuerabzügen übrig bleibt. Das Bruttoeinkommen ist laut Steuerverwaltung rund 30 Prozent höher. Demnach dürfte das mittlere Einkommen aller Schweizer Steuerpflichtigen bei 57 980 Franken liegen – knapp 5000 Franken pro Monat.

Die grossen Einkommensunterschiede lassen sich unter anderem erklären durch die unterschiedlichen Löhne der Branchen: Die Kantone Zürich und Genf sind Sitz vieler Banken und Versicherungen. Sie beschäftigen tendenziell mehr Grossverdiener.

Weiter spielen die Steuerfüsse eine Rolle: In Kantonen mit tiefen Steuerfüssen leben mehr Reiche, die hohe Einkommen versteuern. Deshalb ist dort das mittlere Einkommen höher. Das belegt die Statistik: Personen mit einem steuerbaren Einkommen von über 200 000 Franken leben am liebsten im Tiefsteuerkanton Zug. Dort versteuern 6,6 Prozent der Steuerpflichtigen Einkommen von über 200 000 Franken. Im Wallis sind es nur 1,17 Prozent der Steuerpflichtigen.

yde

Quelle: Steuerdaten der Steuerverwaltung stammen aus dem Jahr 2010